



**MARXISTISCHE
BLÄTTER** ★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de

Irrationalismus

Mit Beiträgen von: Daniel Bratanovic, Valentin Hemberger, Georg Klemp, Werner Seppmann, Claudius Vellay, Klaus Wagener, Holger Wendt

Weitere Themen: Digitalisierung und Arbeitszeitverkürzung (Achim Bigus, Margareta Steinrück, Marcus Schwarzbach), Weltklimagipfel (Wolfgang Reinicke-Abel), Moral, Macht, Roter Oktober (Dietmar Dath), Katalonien und die Krise des Post-Francismus (Alexander Charlamenko), Konferenzberichte (Berufsverbote, Linke Zwischengruppen, Oktoberrevolution) und Rezensionen

»... wie man es im Marxismus-Leninismus-Unterricht gelernt hat.«

Lothar Geisler

2017 war ein gutes Jahr für Siemens. Der Umsatz kletterte auf 83 Milliarden Euro, der Nettogewinn auf 6,2 Mrd. Euro. Trotzdem ließ der Konzern seinen Wertschöpfern verkünden, 6.900 Arbeitsplätze zu streichen, davon 3.500 »bevorzugt« in Ostdeutschland. »Wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es den Beschäftigten gut?« Pustekuchen!

Martin Schulz, Ex-Hoffnungsträger der SPD, hat das mit großer Pose »asozial« genannt und Siemens-Chef Joe Kaeser »Manchesterkapitalismus« vorgeworfen. Uiuui! Auch Lothar de Maizière, CDU-Mann und letzter Ministerpräsident der DDR »geht mit dem Siemens-Konzern hart ins Gericht«. Eine Zwei-Mann-GroKo der besonderen Art. Während aber der Ex-Hoffnungsträger nur ein wenig links blinkt (um wieder rechts in die Zwei-Parteien-GroKo einzuschwenken), irritiert der Ex-Ministerpräsident mit späterer Einsicht. Da habe man 1990 so sehr »versucht, den ostdeutschen Menschen zu vermitteln, dass die soziale Marktwirtschaft etwas anderes ist als schnöder Kapitalismus« und jetzt »werden sie wieder einmal vom Gegenteil überzeugt.« Klartext: »Siemens geht es um schnöden Profit. Heute benehmen sich Unternehmer zunehmend so, wie man es im Marxismus-Leninismus-Unterricht gelernt hat.« (Neue Westfälische Bielefeld, 25.11.2017)

Da kann ich von Lothar (DKP) zu Lothar (CDU) nur zustimmen. Aber was heißt »heute«? »Wer nie bei Siemens-Schuckert war, bei AEG und Borsig, der kennt des Lebens Jammer nicht, der hat ihn erst noch vor sich.« Dieses Agitpropplod war in den 1920er Jahren bei Arbeitern (m+w) höchst populär (nicht populistisch!). Nah dran am Alltag konnte man es damals so und ähnlich in der KPD-Zeitung »Rote Fahne« lesen oder in den frühen 1950ern im »Neuen Deutschland«. Und die westdeutsche Lehrlingsbewegung

der 1960er/1970er Jahre rockte zu Liedern von Floh de Cologne. Motto: »Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Großkonzerne knacken.«

Wir alle wissen aus dem Alltag und der realen Geschichte (und zwar nicht erst seit heute, lieber Lothar de Maizière), zu welchen Verbrechen das Monopolkapital bereit ist und wir ahnen nur vage, zu welchen es im globalen (Markt-)Machtkampf zukünftig noch bereit sein wird, – für schnöden Profit. Selbst das vergessene Ahlener Programm der CDU zeigt, dass der gesellschaftliche Konsens über die notwendigen Lehren aus Krieg und Faschismus nach 1945 weit über zahnlos-zahme Appelle an die »Sozialpflichtigkeit des Eigentums« hinausging. In der DDR wurden diese Lehren gezogen, mit Macht, die auch den kapitalistischen Teilstaat BRD sozialer machte. Heute haben Siemens & Co bei »des Lebens Jammer« wieder ungebremst und überall ihre Finger bzw. Aktien drin, von Berlin bis Washington, auch wenn der Vergleich mit dem »Manchesterkapitalismus« hinkt!

»Gewisse Übel beklagen, ohne ihre abstellbaren Ursachen zu nennen«, solcherart Klage »entmutigt die unter den Übeln Leidenden und unterstützt jene, die die Leiden verursachen«, schreibt Bert Brecht in seinem Me-ti. Bestimmte Leiden kommen von bestimmten Besitz- und Machtverhältnissen. Und die sind keine Naturgewalten! Ein Bauer aus Peru, der wegen der Klimaschäden in seiner Heimat in der BRD gegen den Energieriesen RWE vor Gericht zieht, hat das begriffen. Er weiß, die Verursacher seines »Lebens Jammer« haben Name und Adresse. Ihrem weltweiten, gut vernetzten Treiben müssen wir gemeinsam ein Ende bereiten. Das ist der Kern der antimonopolistischen Strategie, die er so wenig kennt, wie den »Marxismus-Leninismus-Unterrichts«. ■

Kommentar

«... wie man es im Marxismus-Leninismus-Unterricht gelernt hat.»

Lothar Geisler 1**Aktuelles****Das Scheitern der deutschen Klimapolitik***Wolfgang Reinicke-Abel* 5**Wir warnen vor einem neuen Krieg im Mittleren Osten***attac-Beirat* 10**Metall-Tarifbewegung 2018: »neue Aktualität« für »Kurze Vollzeit«?***Achim Bigus* 13**Arbeit 4.0 und Arbeitszeitverkürzung – kurze Vollzeit für alle als Lösung?***Margareta Steinrücke* 16**Storytelling im Betrieb**

Wie Unternehmen die Digitalisierung umsetzen wollen

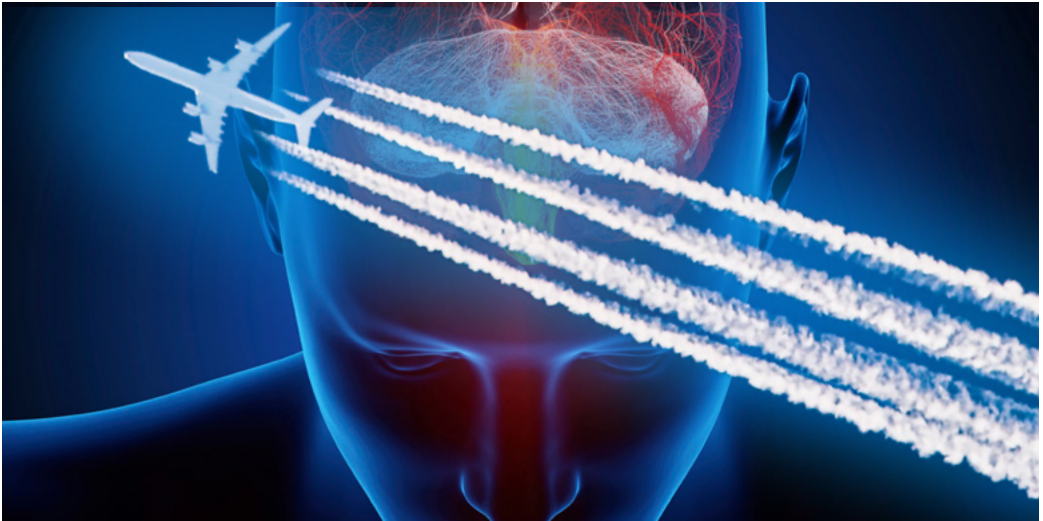
Marcus Schwarzbach 21**Thema: Irrationalismus****Editorial** 28**Die Herabsetzung der Vernunft**

Ein Streifzug durch die Irrationalismen dieser Tage

Daniel Bratanovic 29**Vernunft, Vernunftlosigkeit und Unvernunft, Rationalismus und Irrationalismus**Zur Klärung einiger Kategorien vor dem Hintergrund des Lukácsschen Werks
von der *Zerstörung der Vernunft bis zur Ontologie**Claudius Vellay* 35**Die »Normalität« des Irrationalen***Werner Seppmann* 47**Offenen Auges und mit Applaus in den Untergang?**

Zum Irrationalismus der neoliberalen Gegenreformation

Klaus Wagener 59**Götterdämmerung und Kirchenmacht***Holger Wendt* 69**1933 gegen 1917 und 1789**Interpretationsversuche des Russischen Revolutionsjahres 1917
seitens Adolf Hitler, Alfred Rosenberg u. a.*Valentin Hemberger* 82**Hanns Eislers Analyse des Irrationalismus im bürgerlichen Musikbetrieb
und sein Lösungsansatz***Georg Klemp* 94



Berichte

GEW-Berufsverbote-Konferenz: Aufarbeitung steht noch aus	
<i>Gerrit Brüning</i>	103
Traditionslinie des »linken« Antikommunismus	
Ein Tagungsbericht zu Zwischengruppen und der neuen Linken	
<i>Kurt Baumann</i>	106
100 Jahre – na und?	
Betrachtungen über zwei Konferenzen zur Oktoberrevolution	
<i>Roman Stelzig</i>	109

Positionen

Moral, Macht, Roter Oktober	
Ein Vorausblick aus der Rückblickfalle	
<i>Dietmar Dath</i>	114
Über den Konflikt in Katalonien und die Krise des Postfrancismus	
<i>Alexander Charlamenko</i>	121
Neue Wege zu Anna Seghers	
Vor 75 Jahren erschien »Das siebte Kreuz«	
<i>Eva Petermann</i>	129

Rezensionen

Jürgen Neffe: Marx. Der Unvollendete (<i>Rudolph Bauer</i>)	134
Sebastian Chwalla: Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler (<i>Kurt Baumann</i>)	136
Michael Bonvalot: Die FPÖ – Partner der Reichen (<i>Anne Rieger</i>)	139
Stefan Bollinger: Lenin. Theoretiker, Stratege, marxistischer Realpolitiker (<i>Nina Hager</i>)	141
Wolfgang Jantzen: Grenzerfahrungen. Gastprofessur in Leipzig/DDR (<i>Michael Stiels-Glenn</i>)	143
Erhard Crome: Faktencheck: Trump und die Deutschen (<i>Andreas Wehr</i>)	146
Es schrieben diesmal	148
Impressum	148

Das Scheitern der deutschen Klimapolitik

Wolfgang Reinicke-Abel

Der UN-Klimagipfel COP 23 in Bonn vom 6.–17.11.2017 markierte den Widerspruch: Zu Gast beim ressourcenhungrigen Braunkohle- und Exportweltmeister Deutschland, nur 50 Kilometer entfernt von der größten CO₂-Quelle Europas, führt mit Fidschi ein Land den COP-Vorsitz, für das der Klimawandel bereits harte Realität ist.

Die Diskrepanz zwischen klimapolitischer Rhetorik und realer Emissionsentwicklung wächst: Langfristige Dekarbonisierungsziele und der Mythos vom grünen Deutschland stehen auf der einen Seite, auf der anderen Seite ein exportgetriebenes Kapitalismusmodell, das durch eine spezifische Kräftekonstellation abgesichert wird, die eine rasche Reduktion der Treibhausgasemissionen nicht zulässt. Die imperiale Lebensweise, das heißt der Zugriff auf Ressourcen und Arbeitskräfte im Globalen Süden zur Sicherung des eigenen Lebensstandards, stützt das deutsche Kapitalismusmodell nach innen ab, indem nach wie vor breite Teile der Bevölkerung über relativ üppige Konsummöglichkeiten verfügen. Gleichwohl nimmt die Polarisierung der Einkommen auch in Deutschland zu und der Aufstieg rechtspopulistischer Strömungen deutet auf eine Hegemoniekrise hin. Zugleich bietet die Verbreiterung und Vertiefung der imperialen Lebensweise in Teilen des Globalen Südens dem exportorientierten deutschen Kapital neue Akkumulationsräume, beispielsweise über den Export von Autos, Fleisch oder grünen Technologien.

Deutschland ist Weltmeister in der Braunkohleverstromung, die Energiewende im Strombereich wurde stark gebremst, die soziale Schieflage in der Finanzierung nicht korrigiert, und die Arbeitsplätze im Bereich

erneuerbarer Energien sind häufig prekär und schlecht bezahlt. In der Verkehrspolitik gehört Deutschland mit seiner einflussreichen Autoindustrie, die vorwiegend im sogenannten Premiumsegment produziert, zu den destruktivsten Ländern weltweit. Ob EU-Abgasrichtlinien, Dieselgate, Feinstaubbelastung oder fehlendes Tempolimit auf Autobahnen – eine Verkehrswende liegt in weiter Ferne. In der Agrarpolitik ist Deutschland ebenfalls weit davon entfernt, ein Vorreiterland zu sein. Die bäuerliche Landwirtschaft befindet sich seit Jahrzehnten in der Defensive. Die Stickstoffdüngung verharrt auf einem extrem hohen Niveau. Die ständige Steigerung der Fleischproduktion basiert auf immensen Futtermittelimporten. Bis zu einer Agrarwende ist es noch ein weiter Weg.

Zudem besteht die Kehrseite des deutschen Exportmodells in einem immensen Importbedarf bei Rohstoffen, insbesondere bei Metallen. Die Rohstoffpolitik wurde in den letzten Jahren unter dem Primat der Versorgungssicherheit aufgewertet. Der Zugriff auf Rohstoffe wird handelspolitisch abgesichert, die Interessen in den Herkunftsländern werden systematisch ausgeblendet. Sollte die ökologische Modernisierung – etwa durch die massive Ausweitung der Herstellung elektronischer Automobile – ausgeweitet werden, würde der Rohstoffbedarf auch unter grünen Vorzeichen weiter ansteigen. Eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist schlicht nicht machbar. Das kapitalistische Wachstum in Deutschland basiert auf einer nicht verallgemeinerbaren imperialen Lebensweise. Deutschland ist kein grünes Vorzeigeland, sondern ein erheblicher Teil des globalen Klimaproblems.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass es in den letzten Jahrzehnten durchaus wichtige Fortschritte gegeben hat. In erster Linie ist dabei die Energiewende im Strombereich zu nennen. Diese geht zurück auf die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen und ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die fossil-nukleare

Energiewirtschaft. So konnte der Anteil regenerativer Energien in diesem Bereich auf etwa 35 Prozent erhöht und durch ihren dezentralen Ausbau die Vielfalt der Akteure vergrößert werden.

Darüber hinaus gibt es durchaus rudimentäre Ansätze für eine Verkehrswende. In den Städten geht der Autobesitz zurück und neue Modelle wie Car-Sharing werden erprobt. In die Fahrrad-Infrastruktur wurde verstärkt investiert, die Veräußerung der Bahn konnte verhindert werden. Zahlreiche Initiativen setzen sich für einen beitragsfreien ÖPNV ein, und die Umweltverbände versuchen hartnäckig, die Verantwortlichen für den Abgaskandal zur Rechenschaft zu ziehen und erste Ansätze für eine Verkehrswende zu verallgemeinern. Im agrarpolitischen Bereich konnte, ähnlich wie im Stromsektor, eine Nische erkämpft werden. Ausgehend von der Umweltbewegung und mit neuem Schwung nach dem BSE-Skandal konnten Vertriebskanäle für bäuerlich und/oder biologisch erzeugte Produkte geschaffen und Verbraucherrechte gefestigt werden. Zudem zeichnet sich eine Änderung der Konsummuster hin zu einem geringeren Verzehr tierischer Nahrungsmittel ab. Innerhalb des Deutschen Bauernverbandes wachsen die Konflikte zwischen Kleinbauern und -bäuerinnen und der Verbandsspitze. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Konzepte für eine Agrarwende, die sowohl aus klimapolitischer Perspektive als auch aus Verbraucherschutzgründen dringend geboten ist.

Rohstoffpolitisch zeichnet sich zumindest diskursiv ein Wandel ab. Soziale und ökologische Aspekte werden etwa in den Rohstoffpartnerschaften stärker berücksichtigt. Allerdings bleibt das Potenzial für eine andere Rohstoffpolitik gering, solange der Pfad des exportgetriebenen deutschen Kapitalismusmodells nicht verlassen wird, der auf eine ständige Vergrößerung des Ausstoßes ausgerichtet ist. Es ist bezeichnend, dass die Sektoren, in denen tatsächliche Emissionsreduktionen verzeichnet werden können, gar gesell-

schaftliche Veränderungen in Richtung von mehr Demokratie und mehr Nachhaltigkeit, diejenigen sind, in denen soziale Bewegungen als wirkmächtige Akteure auftreten. Das heißt, das Argument lautet nicht, dass Deutschland nicht in der Lage ist, der Öko-Vorreiter zu sein, der es gern wäre, sondern dass die wichtigen Schritte in diese Richtung zuerst von unten kommen müssen: von Bewegungen für eine genuine sozial-ökologische Veränderung.

Jamaika verhandelt, wir handeln

Natürlich wird die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik auch schwerwiegende Auswirkungen in den Bereichen der Ökologie haben. Die kommende Legislaturperiode wird davon gekennzeichnet sein, dass selbst die klimapolitischen Ziele und die Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien, die von der Bundesregierung bisher selbst verkündet worden sind, unter dem Druck der großen Energie-, Kohle- und Atomkonzerne weiter zurückgeschraubt werden. Dabei sind die schwerwiegenden Folgen der nicht eingehaltenen energiepolitischen Ziele in diesem Bereich unbestreitbar. Und zwar nicht nur in fernerer Zukunft, sondern schon in den unmittelbar nächsten Jahren. Und nicht nur in Afrika oder auf anderen Kontinenten, sondern auch hier bei uns mitten in Europa. Mit sich verschärfenden Extrem-Wettererscheinungen, Stürmen, Überschwemmungen, Trocken- und Dürreperioden, erheblicher Veränderung der Anbaubedingungen für Kulturpflanzen und landwirtschaftliche Produkte sowie schwerwiegenden Folgen für die ganze Biosphäre. Umso stärker sollten wir also unsererseits an der Entwicklung breiter Bewegungen für die Durchsetzung der notwendigen Klimaschutzziele und die Umstellung auf erneuerbare Energien mitwirken. Angesichts der starken personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen Politik und Industrie ist auf eine Einsicht bei den Verantwortlichen nicht zu

setzen. Nur öffentlicher Druck wird sie bewegen. Dabei gibt es erste Erfolge: Beim Bürgerentscheid am Sonntag, den 5.11.2017 haben sich die MünchnerInnen mit einer Mehrheit von 60,2% für eine vorzeitige Stilllegung des Heizkraftwerks Nord 2 im Jahr 2022 ausgesprochen. Damit setzt München ein klares Signal für den Klimaschutz und den bundesweiten Kohleausstieg. 70 Umwelt-Organisationen und neun Parteien haben sich der Forderung nach der baldigen Abschaltung des Kohlekraftwerks angeschlossen und als starkes Bündnis gezeigt, dass die Gesellschaft bereit ist, klimapolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen, als die Regierenden das bisher getan haben.

Der Klimagipfel COP23

Die gesteckten Ziele der 23. UN-Klimakonferenz wurden zwar erreicht, doch diese sind nur die Vorarbeiten für den nächsten Weltklimagipfel in einem Jahr. Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Am Montag, den 6.11.2017, hatte die 23. UN-Klimakonferenz (COP23) begonnen. Der Präsident der Konferenz und Premierminister der Fidschi-Inseln Frank Bainimarama wandte sich in einem dramatischen Appell an die Weltgemeinschaft: »Hilfe, wir gehen unter!« Zwar ist Fidschi sicherlich einer der Staaten, für die weitgehende Ergebnisse existenziell wären, aber die Bundesregierung wird sich kaum als Antreiber zu ehrgeizigen Zielen betätigen. Deutschland wird die selbstgesetzten Klimaziele deutlich verfehlen und es ist nicht sichtbar, dass dies der Bundesregierung Kopfzerbrechen bereiten würde.

Bereits am vorausgegangen Samstag hatten 25.000 Menschen in der Bonner Innenstadt einen schnellen Kohleausstieg unter dem Motto »System change, not climate change« gefordert. Darunter waren über 1.000 Fahrradfahrer, die von Köln aus über die »abgeholzte« Bonner Straße und dann über die A 55 nach Bonn fahren wollten, von der Polizei aber unsanft auf die Landstraße umgeleitet wurden.

Am Sonntag gingen bei einer Aktion Zivilen Ungehorsams 4.500 Menschen in den Tagebau im benachbarten Rheinischen Braunkohlerevier und blockierten vorübergehend zwei Großbagger. Die Organisatoren erklärten: »Gemeinsam haben wir heute ein wichtiges Zeichen für konsequenten Klimaschutz und den Ausstieg aus der Kohleverstromung gesetzt. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie das Pariser Klimaschutzabkommen endlich wirkungsvoll umsetzt. Die dreckigste Hälfte der Kohlekraftwerke muss in wenigen Jahren abgeschaltet sein, denn Klimaschutz entscheidet sich am Kohleausstieg.«

Mehr als 100 Klima- und Umweltschutz-, Bürgerrechts- sowie kirchliche Organisationen und Entwicklungsverbände aus Deutschland und der ganzen Welt hatten zur Demonstration aufgerufen. Darunter auch die DKP. Parallel zur COP23 läuft in Bonn die weltweite Versammlung der klimapolitischen Bewegungen »People's Climate Summit« (PCS). Am Samstag, den 11. November, startete um 11:11 Uhr die Demonstration »Schluss mit dem faulen Zauber – wir treiben die bösen Geister des Klimawandels aus: Kohle, Erdöl, Atom!«. Über 4.000 Teilnehmer kamen trotz widriger Witterung und der beginnenden Karnevals-session im Rheinland.

»Zwei Drittel des Erdöls, die Hälfte des Erdgases und 80 Prozent der Kohle müssen in der Erde bleiben«, sagte Dagmar Paternoga von Attac Deutschland. »Der Energieverbrauch für Produktion und Transport, der Auto- und Flugverkehr sowie die industrielle Fleischproduktion müssen sofort und drastisch reduziert werden. In einer profitgetriebenen Ökonomie wird das nicht möglich sein. Kapitalismus und Wachstumszwang, [...] müssen infrage gestellt werden.«

Das Klimaschutz-Ziel lautet: minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2020. Dieses Ziel duldet keine Kompromisse. Derzeit fehlen allein in der Bundesrepublik 12 Prozentpunkte. Diese innerhalb von drei Jahren einzusparen, kann funktionieren – aber nur mit einem sehr

beherzten Kohleausstieg. Gebäude sanieren, Heizungen austauschen, beim Verkehr einsparen, Moore schützen. Aber bis Häuslebauer ihre Gebäude sanieren, bis Menschen auf andere Verkehrsmittel umsteigen und Moore wieder CO₂ speichern, verrinnt wertvolle Zeit. Nur bei der Kohle lässt sich bis 2020 genug erreichen.

20 Gigawatt Kohlekraft müssten bis 2020 vom Netz, um das Klimaziel zu erreichen. Bei den Jamaika-Verhandlungen bot Angela Merkel 7 Gigawatt an. Fast alle unsere Nachbarn sowie etliche weitere Staaten haben sich auf der Weltklimakonferenz zu einer mutigen Koalition gegen die Kohle zusammengeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland fehlt. Das ist ein katastrophales Signal. Die Folgen des Klimawandels bringen schon jetzt Elend und Tod, besonders den Ärmsten auf unserem Planeten. Und er kann das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier auslösen.

Ziele der diesjährigen UN-Klimakonferenz

Im Fokus waren auf dieser Weltklimakonferenz in Bonn vor allem die Vorarbeiten für ein »Regelbuch«. Dieses »Rule Book« soll die Klimaschutz-Zusagen der einzelnen Staaten überprüfbar und miteinander vergleichbar machen. Es gehe ums »Kleingedruckte« im »Grundgesetz des Klimaschutzes«, erläuterte Karsten Sach, Leiter der Abteilung Klimaschutzpolitik im Bundesumweltministerium, vorab.

Die Positionen aller beteiligten Staaten wurden dafür in Bonn zusammengetragen, auf Hunderten von Seiten. Damit habe die UN-Klimakonferenz ihren Auftrag erfüllt, erläuterte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im Anschluss. Mehr war für COP23 nicht geplant. Auf dem nächsten Klimagipfel Ende 2018 in Kattowitz in Polen müssen diese einzelnen Verhandlungstexte dann zu einem zusammengeführt werden, der von den Staaten der Klimakonferenz verabschiedet werden

kann, was vermutlich der strittigere Teil sein wird.

So weit hat die diesjährige Klimakonferenz also ihre gesteckten Ziele erreicht. Doch offenbar nicht mit Schwung, sondern eher im Schleichschritt: Ein Teilnehmer der Konferenz urteilte, es sei noch nie so wenig Adrenalin im Spiel gewesen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sprach von »Trippelschritten beim Klimaschutz« und auch die Umweltschutzorganisation Greenpeace vermisste »Mut und Enthusiasmus« auf dem Weltklimagipfel: »Der oft beschworene Pariser Geist blitzt in Bonn kaum auf.«¹

Regelmäßige Nachbesserung als Regelwerk

Den Pariser Geist wird die UN-Klimakonferenz aber auch in den folgenden Jahren noch oft brauchen, denn man will nicht bei den ehrgeizigen Plänen, die 2015 in Paris verabschiedet wurden, stehen bleiben. Denn bereits jetzt ist klar: So ließe sich das Zwei-Grad-Ziel nicht mehr halten. Damit die Klimaerwärmung nicht höher ausfällt, müssen alle Staaten der UN-Klimakonferenz nachbessern, und das regelmäßig: Alle fünf Jahre sollen die Nationen ihre eigenen Klimaschutzziele verschärfen. Ab 2018 starten die Nachbesserungsrunden im Testlauf, ab 2023 dann regelmäßig alle fünf Jahre. Auch die Bundesregierung ist hier mit ihren eigenen Zielen gefragt.

Doch Deutschland, das sich lange als Musterschüler im Klimaschutz gefiel, enttäuschte auf der UN-Klimakonferenz. Angesichts der gleichzeitig noch stattfindenden (mittlerweile gescheiterten) Sondierungsgespräche einer möglichen nächsten Regierungskoalition aus CDU, CSU, FDP und den Grünen äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in Bonn in Bezug auf den Ausstieg aus der Kohle nur

1 Sweelin Heuss, Greenpeace-Geschäftsführerin

vage: »Wir in Deutschland werden uns mühen.«

Deutschland übernahm »nur« die technischen Aufgaben des Gastgebers, den Vorsitz der Konferenz hatte jedoch die Republik Fidschi. Da es auf dem Gebiet des Inselstaats im Pazifik aber keinen Versammlungsort für die bis zu 25.000 Teilnehmer gibt, tagte der Klimagipfel in Bonn, wo auch das Klimasekretariat der Vereinten Nationen seinen Sitz hat. Dort findet der Gipfel immer dann statt, wenn sich kein Gastgeber auf dem Kontinent findet, der turnusgemäß mit der Ausrichtung an der Reihe wäre.

Mit oder ohne die USA?

Im Juni des vergangenen Jahres verkündete US-Präsident Donald Trump, die USA werden aus dem Klimaabkommen von Paris aussteigen. Das Abkommen benachteilige die Vereinigten Staaten von Amerika. Doch

der Austritt ist erst in drei Jahren möglich, am 4. November 2020. Daher saßen in Bonn auf der Klimakonferenz auch Vertreter der US-Regierung am Verhandlungstisch. Eine gefürchtete Blockadehaltung gab es offenbar nicht: Die US-Delegation habe sich neutral und konstruktiv verhalten, meinte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks am Ende der Klimakonferenz.

Auch aus dem eigenen Land wehte der US-Regierung in Bonn Gegenwind entgegen: Einzelne US-Staaten wie Kalifornien haben zusammen mit verschiedenen Kommunen und Unternehmen das Bündnis »We are still in« (»Wir sind immer noch dabei«) geschlossen, das auf eigene Faust die ursprünglich gesteckten Klimaziele erreichen will. Dieses Bündnis war ebenfalls auf dem UN-Klimagipfel vertreten. Und so schlossen sich auch mehrere US-Bundesstaaten der gegen Ende der Klimakonferenz eingegangenen Allianz von 18 Staaten für den Ausstieg aus der Kohle an.

Erderwärmung schreitet voran

Die Teilnehmer der UN-Klimakonferenz sind sich einig, dass die Erderwärmung gestoppt oder zumindest gebremst werden muss. Doch anstatt den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, blasen insbesondere die westlichen kapitalistischen Industrienationen immer mehr davon in die Erdatmosphäre. Im Jahr 2016 war die Konzentration an CO₂ so hoch wie noch nie, warnte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Nach Einschätzung des Weltklimarats (IPCC) wird die Temperatur Ende des Jahrhunderts vier Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau liegen, falls keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Der fünfte Weltklimabericht des IPCC zeigt das deutlich.

Im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter ist die weltweite Durchschnittstemperatur bereits deutlich gestiegen. Der größte Teil der Treibhausgase wird weiterhin von den Industrieländern ausgestoßen. Die Pro-Kopf-Emission wird dort noch auf Jahre die der Entwicklungsländer deutlich übersteigen. Die Industrieländer haben daher eine historische wie aktuelle Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel – so sieht es jedenfalls die EU. Doch es ist auch klar, dass die Entwicklungsländer den Industriestaaten auf dem Weg des Fortschritts folgen wollen und somit mehr Treibhausgase ausstoßen werden.

Besonders in Schwellenländern wie China und Indien werden die Emissionen in den nächsten Jahren stark zunehmen, wenn es nicht gelingt, das erwünschte wirtschaftliche Wachstum von der Zunahme der Treibhausgase zu entkoppeln. Doch viele Entwicklungsländer fürchten: Strenge globale Regeln für den Klimaschutz könnten ihr Wirtschaftswachstum bremsen. Umso dringender war es, mit dem Abkommen von Paris ein neues globales Klimaabkommen zu finden, dem sich auch Schwellen- und Entwicklungsländer anschließen können. ■

Wir warnen vor einem neuen Krieg im Mittleren Osten

attac-Beirat

Stellungnahme von 31 Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland zu Trumps Umgang mit dem Iran-Atomabkommen

Donald Trump, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, hat schon während seines Wahlkampfes das »Iran-Atomabkommen« als »das schlechteste Abkommen« angeprangert, »das die USA je abgeschlossen haben«. Mit der Bekanntgabe seiner Iran-Strategie am 13. Oktober hat er das Abkommen massiv in Frage gestellt. Ein für Iran entscheidendes Element dieses Atomabkommens ist die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen. Dazu verpflichtete der US-Kongress den Präsidenten, periodisch zu bestätigen, dass der Iran gegen das Abkommen nicht verstoßen hat.

Obwohl die internationale Atomenergiebehörde keine Verstöße des Irans gegen das Abkommen festgestellt hat, weigerte sich Trump, die Einhaltung des Abkommens durch den Iran zu bestätigen. Innerhalb von 60 Tagen muss nun der US-Kongress entscheiden, ob die USA die schon vor dem Atomabkommen verfügten harten Wirtschaftssanktionen gegen den Iran erneut in Gang setzt. Diese Sanktionen sind hauptsächlich zu Lasten der Bevölkerung gegangen und haben das tägliche Leben stark belastet. Trumps Strategie ist durchsichtig: Er verfolgt das Ziel, Iran zur Aufkündigung des Abkommens zu provozieren. Damit wäre der gefährliche Nuklearkonflikt, der schon 2006 unter Bush Junior beinahe zu einem Krieg des Westens gegen den

Iran geführt hätte, in vollem Umfang wieder auf der Weltbühne, und der Iran wäre dann der Schuldige.

George W. Bush benutzte damals das iranische Atomprogramm als Vorwand, um einen Regime-Change im Iran herbeizuführen, notfalls auch gewaltsam. Nun nimmt Trump das Abkommen mit Iran zum Anlass, um den Iran als Regionalmacht auszuschalten, notfalls durch einen neuen Krieg im Mittleren Osten. Die massive Aufrüstung Saudi Arabiens mit Waffenexporten im Umfang von 350 Milliarden US-Dollar und die neuerlichen Reisen des saudischen Königs zunächst nach Moskau, dann zusammen mit dem US-Außenminister Tillerson nach Bagdad müssen vom Iran als politische und militärische Umzingelung und Schritte zur Kriegsvorbereitung wahrgenommen werden. Die jüngsten Beschuldigungen des saudischen Kronprinzen und des überraschend zurückgetretenen libanesischen Präsidenten Hariri, der Iran und die Hisbollah destabilisierten den Libanon, dienen offensichtlich nur dazu, die Konfrontation mit dem Iran zu verschärfen. Sie haben unsere Befürchtungen bestätigt, dass insbesondere Saudi-Arabien seine Kriegsvorbereitungen gegen den Iran verstärkt.

Wir verurteilen auf das Schärfste den neuen Versuch der USA und seines engen Verbündeten Saudi Arabien, nach dem Kriegsdesaster im Irak einen neuen und noch größeren Flächenbrand im Mittleren Osten zündeln zu wollen. Die EU und die deutsche Bundesregierung, die zusammen mit Obama starken Anteil am Zustandekommen des Iran-Atomabkommens hatten, widersprachen umgehend und unmissverständlich der Absicht des US-Präsidenten, das Atomabkommen mit Iran in Frage zu stellen. Wir begrüßen diese klare Haltung der EU und fordern sie auf, nicht zurückzuweichen. Gleichwohl kann die gegenwärtige Haltung der Bundesregierung und der EU nicht vergessen machen, dass sie in der Vergangenheit die Strategie der US-Regierung unter George W. Bush im Iran-Atomkonflikt,

vor allem sämtliche Sanktionsbeschlüsse, die die USA initiiert haben, aktiv mitgetragen und teilweise sogar verstärkt haben. Wir haben auch nicht vergessen, mit welcher Intensität die Regierungen der meisten Nato-Staaten, einschließlich der EU und ihrer »Leitmedien«, das Feindbild Iran aufbauten und eine regelrechte psychologische Kriegsvorbereitung betrieben. Erst als Barack Obama die Konfliktstrategie gegenüber dem Iran stoppte, ist auch die EU auf Obamas Politik der Konfliktentschärfung eingeschwenkt und hat mit der US-Regierung konstruktiv an der Beilegung des Iran-Atomkonflikts mitgewirkt.

Ein wichtiges Element des Sanktionsregimes von USA und EU sind extraterritoriale Sekundärsanktionen, die der iranischen Wirtschaft und der Bevölkerung vor dem Atomabkommen erheblichen Schaden zugefügt haben. Solcherart Sanktionen richteten sich nicht nur gegen den Iran, sie richteten sich gegen alle EU-Firmen, die mit dem Iran wirtschaftliche Beziehungen unterhielten. Die erneuten Sanktionen gegen den Iran, die Trump und viele Republikaner nachhaltig verfolgen, ist ein ernst zu nehmender Versuch, die EU-Geldinstitutionen und -Firmen durch die zu erwartenden hohen Strafen dazu zu zwingen, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran zu beenden und die EU wieder auf US-Kurs zurückzubringen. Wir erinnern die EU an ihre eigene Verordnung 2271 aus dem Jahr 1996, die Sanktionen, die extraterritorial wirken, für völkerrechtswidrig erklärt. Sie war die Reaktion auf die Versuche der USA, Sanktionen gegen Kuba und Iran mit Wirkung gegen andere Länder durchzusetzen (sog. Helms-Burton-Act). Die Außenwirtschaftsverordnung in Deutschland verbietet ausdrücklich deutschen Firmen, sich an dem Boykott zu beteiligen, der nicht durch Deutschland, die EU oder die UNO beschlossen wurde (§ 7).

Die EU müsste eine aus den eigenen langfristigen Interessen abgeleitete und an einer friedlichen Kooperation mit allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens angelehnte Poli-

tik entwickeln und sie auch offensiv durchsetzen. Die EU hat die historische Chance, ihre Iran- und Mittelostpolitik auf neue und von den Vereinigten Staaten unabhängige Gleise zu stellen. Donald Trump hat in seiner rücksichtslosen Art offen gelegt, welchen politischen und ökonomischen Preis Europa für seine blinde Gefolgschaft zu den USA zu zahlen hat. Wir Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Stellungnahme verurteilen die gefährliche Konfliktstrategie der USA im Mittleren Osten und fordern die deutsche Bundesregierung und die EU auf, sich klar davon zu distanzieren. Darüber hinaus fordern wir EU und Bundesregierung auf:

- Schon jetzt an die Adresse von USA, Saudi Arabien und Israel öffentlich zu – erklären, dass sie einen Krieg gegen Iran ablehnen und sich nicht an ihm beteiligen werden;
- Den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur völkerrechtlichen Überprüfung der extraterritorialen Sekundärsanktionen anzurufen;
- Schon jetzt der US-Regierung unmissverständlich zu signalisieren, dass sie im Falle von US-Sanktionen gegen Iran alle ihrer Möglichkeiten nutzen werden, um den Handel mit Iran sicherzustellen. Auch ausländische Investitionen im Iran sollten seitens der EU so abgesichert werden, dass die begonnenen und zukünftigen Investitionen im Iran auch weiterhin möglich sein werden;

- Das Iran-Atomabkommen zum Anlass zu nehmen, eine Konferenz für eine Massenvernichtungswaffen-freie Zone im Mittleren und Nahen Osten mit dem Ziel einzuberufen, alle nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen abzuschaffen. Die Iranische Regierung hat zu einer solchen Konferenz bereits ihre Zustimmung signalisiert.

Berlin, den 20.11.2017 ■

UnterzeichnerInnen

Prof. Dr. Elmar Altvater, Dr. Axel Bust-Bartels, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Dr. Josef Berghold, Prof. Dr. Armin Bernhard, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Dr. h. c. Frigga Haug, Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Fritz Haug, Prof. Dr. Heide Gerstenberger, Prof. Dr. habil. Peter Herrmann, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Dr. Heike Knops, Dr. Lydia Krueger, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. Klaus Meschkat, Dr. Lutz Mez, Dr. phil. Dipl.-Ing. Wolfgang Neef, Prof. Dr. John P. Neelsen, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Niko Paech, Dr. Urs Müller-Plantenberg, Dr. Werner Rügemer, Dr. Thomas Sablowski, Prof. Dr. Michael Schneider, Prof. Dr. Gerd Steffens, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Isidor Wallimann, Dr. Christa Wichterich, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf, Dr. Winfried Wolf

Metall-Tariffbewegung 2018: »neue Aktualität« für »Kurze Vollzeit«?

Achim Bigus

Vor dreißig Jahren, während der Auseinandersetzung 1987 um den zweiten Schritt hin zur 35-Stunden-Woche, erschien im VSA-Verlag unter dem Titel »Wem gehört die Zeit« ein »LESEBUCH zum 6-Stunden-Tag«. Als »Gliederungsprinzip dieses Lesebuchs« hatte eine der beiden Herausgeberinnen, Ingrid Kurz-Scherf, einen »Phantastischen Tarifvertrag« entworfen als »konkrete Utopie in 13 Paragraphen, verfasst in der Sprache der Tarifexperten« (S. 10). In diesem heißt es, er verbinde »die bewährte Tradition des im Prinzip für alle abhängig Beschäftigten gleichen Normalarbeitstages (...) mit dem Gedanken der überdurchschnittlichen Anrechnung von Arbeitszeiten unter unvermeidbaren, besonderen Belastungen (...) und mit dem Erfordernis, außerbetrieblichen Belastungen durch gesellschaftlich notwendige Arbeit in der Gestaltung der Erwerbsarbeit Rechnung zu tragen« (S. 12).

Ein Teil dieser Überlegungen steckt auch in den Forderungen der IG Metall für die Tarifaufhebung 2018 in der Metall- und Elektroindustrie. Erstmals seit 15 Jahren haben die regionalen Tarifkommissionen der IG Metall neben der Forderung nach 6 % mehr Entgelt auch Forderungen zu den Arbeitszeitregelungen in den Manteltarifverträgen aufgestellt:

Alle IG Metall-Mitglieder sollen einen Rechtsanspruch bekommen auf eine »Wahloption« für »kurze Vollzeit«: Verkürzung der individuellen regelmäßigen Wochen-Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für bis zu zwei Jahre, wobei die abgesenkten Stunden zu Freischichten oder länge-

ren Freizeitblöcken gebündelt (»verblockt«) werden können;

Wie bei Teilzeit bezahlen diese »kurze Vollzeit« zunächst die Arbeitenden selbst durch entsprechenden Lohnverlust – aber anders als im Teilzeit- und Befristungsgesetz soll es ein Rückkehrrecht auf Vollzeit geben;

Für alle, die diese »kurze Vollzeit« in Anspruch nehmen zur Betreuung von Kindern, zur Pflege von Angehörigen oder zur Entlastung bei besonders belastenden Arbeitszeiten wie Schichtarbeit soll es zudem einen Teil-Entgeltausgleich geben – nicht einkommensabhängig, sondern als Festbetrag- um besonders die unteren Entgeltgruppen vor zu hohen Lohnverlusten durch die kürzere Arbeitszeit zu schützen.

Lebensphasenorientierte Arbeitszeitverkürzung

Bei diesen Forderungen nach »Arbeitszeiten, die zum Leben passen« können sich die Tarifkommissionen und der Vorstand der IG Metall auf Ergebnisse der bundesweiten Beschäftigtenbefragung ihrer Organisation in diesem Frühjahr berufen. Daran hatten über 680.000 Arbeitende aus allen von der IG Metall vertretenen Branchen teilgenommen, darunter 38,1 Prozent Nichtmitglieder. Einige Ergebnisse:

- Für 47,7 Prozent ist die 35-Stunden-Woche die »Wunscharbeitszeit«;
- Der Aussage »Es wäre gut, vorübergehend die Arbeit absenken zu können« stimmen 82,3 % zu oder eher zu;
- 57,1 % erklärten, sie würden gerne weniger arbeiten, könnten sich dies finanziell aber nicht leisten;
- 29 % der Teilzeitbeschäftigten (zu 81,1 % Frauen) würden gerne ihre Arbeitszeit aufstocken, aber ihr Unternehmer lehnt dies ab;
- 90,1 % aller Befragten fänden für Teilzeitbeschäftigte ein gesetzliches Rückkehrrecht auf Vollzeit wichtig oder eher wichtig;

– Arbeitende in Schichtarbeit (im Westen 30,2%, im Osten 56,1%) waren deutlich weniger zufrieden mit ihrer Arbeitszeit als solche ohne Schichtarbeit.

»Wahloption« – Einstieg in oder Ersatz für »Kurze Vollzeit« für alle?

Anders als die Herausgeberinnen und AutorInnen des »Lesebuches zum 6-Stunden-Tag« von 1987 verbindet allerdings zumindest der Vorsitzende der IG Metall diese Forderungen nicht mit der Perspektive einer weiteren Arbeitszeitverkürzung für alle: »Es geht schon lange nicht mehr um die weitere kollektive wöchentliche Arbeitszeitverkürzung. Stattdessen wollen wir den unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen gerecht werden: Eltern haben andere Arbeitszeitanprüche als junge Leute, die gerade ausgelernt haben oder von der Hochschule kommen, oder Menschen, die Angehörige pflegen. Ältere wollen flexible Übergänge in die Rente. Mehr Selbstbestimmung und Flexibilität für die Beschäftigten sind unser Ziel.«¹

Gesammetall: Rollback auf ganzer Linie

Trotz dieser eher bescheidenen IG Metall-Position erklärt Gesamtmetall, die IG Metall habe mit der Kündigung der Manteltarifverträge die »Büchse der Pandora« geöffnet. Die Forderung nach Teil-Entgeltausgleich für Kindererziehung oder Pflege kommentiert Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger: »Mehr Geld für's Nichtstun wird es mit uns nicht geben.«²

Schon in die erste Verhandlungsrunde starteten die Unternehmerverbände mit massiven Gegenforderungen, was eher ungewöhnlich ist. Vor allem wollen sie die Möglichkeit, in

Einzelarbeitsverträgen längere Arbeitszeiten zu vereinbaren – heute begrenzt auf 18% der Belegschaft – auf alle Beschäftigten ausweiten, also faktisch nicht weniger als die Aufhebung der kollektivvertraglichen 35-Stunden-Woche durch die einzelvertragliche Hintertür!

»Für Zeiten, in denen ein situationsbedingter Bedarf nach einem erhöhten Arbeitszeitvolumen besteht«, fordern sie »vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit bei entsprechendem zuschlagsfreien Entgeltausgleich«. Nicht nur die Überstundenzuschläge sollen somit wegfallen, sondern auch Zuschläge für Schicht- und Nachtarbeit, »wenn der Beschäftigte selbst die Lage der Arbeitszeit bestimmen kann« – dies begründen sie u.a. mit »Zeiten des weltweit abgestimmten Arbeitens«, was eher weniger mit »Selbstbestimmung« der Arbeitenden zu tun hat.

Die Dauer sachgrundloser Befristungen wollen sie per Tarifvertrag erweitern. Als Krönung fordern sie ein »gemeinsames Zugehen auf den Gesetzgeber mit dem Ziel einer Anpassung des Arbeitszeitgesetzes«, also Unterstützung der IG Metall für ihre Forderungen nach Kürzung der Ruhezeiten und danach, »dass die tägliche durch eine wöchentliche Maximalarbeitszeit ersetzt ... wird«.³

Ende der »Friedhofsruhe«?

Trotz der Absage von Jörg Hofmann an »weitere kollektive wöchentliche Arbeitszeitverkürzung« meinte Margareta Steinrücke (attac), Koordinatorin der Initiative »Arbeitszeitverkürzung jetzt«, auf der Arbeitszeitkonferenz

3 Diese »moderne« Forderung, »statt des Achtstundentages die 48-Stundenwoche als Obergrenze der wöchentlichen Arbeitszeit festzulegen«, tauchte erstmals im Geschäftsbericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von 1921 (!) auf, vgl. Peter Bartelheimer, »35 Stunden sind genug«, Vorwort Jakob Moneta, Frankfurt/M. 1982, S. 14; Teile dieses Textes stehen auf der Homepage der Bremer Arbeitszeitinitiative: <http://www.bremer-arbeitszeitinitiative.de>.

1 Interview mit Jörg Hofmann, Neue Osnabrücker Zeitung, 4.11.2016

2 In diversen Interviews, z.B. Neue Osnabrücker Zeitung, 21.10.2017

der DKP am 4. November 2017, »durch die Forderungen der IG Metall« habe das Thema 30-Stunden-Woche oder Kurze Vollzeit »neue Aktualität gewonnen.«⁴ Diese Einschätzung bestätigen auch meine Erfahrungen aus Diskussionen der letzten Monate, sowohl unter den Vertrauensleuten im »eigenen« Betrieb als auch auf überregionalen IG Metall-Konferenzen. Das Thema »Arbeitszeit« rückt wieder auf die tarifliche Tagesordnung – das öffnet die Tür für Diskussionen um weitergehende Forderungen, besonders vor dem Hintergrund der mit »Industrie 4.0.« und anderen Veränderungsprozessen z.B. in der Autoindustrie drohenden Arbeitsplatzverluste. Hängt die aggressive Reaktion von Gesamtmetall vielleicht auch damit zusammen, dass den Unternehmern diese »Gefahr« klarer ist als manchen innerhalb der IG Metall?

Margareta Steinrücke bewertete die IG Metall-Forderungen auch als Ende einer langjährigen »relative(n) Friedhofsruhe in der Frage Arbeitszeitverkürzung«. Wenn wir Verfechter einer »kurzen Vollzeit« für ALLE die neuen Chancen nutzen und die Diskussion weiter vorantreiben wollen, müssen wir auch nach den Ursachen dieser »Friedhofsruhe« fragen. Dazu einige Gesichtspunkte:

Die (west-)deutsche Gewerkschaftsbewegung ist »auf dem Weg zur 35-Stundenwoche steckengeblieben ... Angeführt von der IG Metall und der damaligen IG Druck und Papier setzte sich 1984 ein arbeitszeitpolitischer Zug mit dem erklärten Ziel der 35-Stunden-Woche in Fahrt... Doch... den beiden Lokomotiven kamen immer mehr Waggons abhanden, und der Zielbahnhof, die 35-Stunden-Woche, wurde im Jahre 1995 schließlich nur noch in der Metall- und der Druckindustrie erreicht.«⁵

»Die Wochenarbeitszeitverkürzung war nur gegen das Zugeständnis einer weitgehenden Flexibilisierung durchsetzbar... Die zunehmende Entkopplung von Arbeits- und Maschinenlaufzeiten führte... zu vermehrter Schichtarbeit und kompensierte einen Teil der arbeitsplatzschaffenden Effekte... Die Ansätze zur Leistungsbegrenzung konnten die Leistungsverdichtung insbesondere im Bereich der Zeitlöhner und der Angestellten nicht verhindern. Die Wochenarbeitszeitverkürzung verlor auf diese Weise viel von der Attraktivität, die sie Anfang der achtziger Jahre hatte«⁶

Noch stärker »blockiert« (Lehndorff, a. a. O.) scheint der Weg zu weiteren kollektiven Arbeitszeitverkürzungen seit der Niederlage des Versuchs, 2003 in einem Arbeitskampf die Arbeitszeit in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie an die 35-Stunden-Woche im Westen anzugleichen⁷. Dieser Niederlage auf dem Fuße folgten massive Angriffe von Siemens und anderen Konzernen auf die 35-Stundenwoche und der, oft genug erfolglose, »Häuserkampf« zu deren Verteidigung.⁸

Notwendig: Bewegung in der Gesellschaft

Zu den Ursachen der »Friedhofsruhe« gehört nicht zuletzt auch die sinkende Tarifbindung und das immer stärkere Auseinanderklaffen zwischen tariflicher und untertariflicher

4 UZ, 10.11.2017

5 Steffen Lehndorff, Weniger ist mehr, Hamburg 2001, S. 19f.

6 Jürgen Peters (Hg.), In freier Verhandlung, Dokumente zur Tarifpolitik der IG Metall 1945 bis 2002, Göttingen 2003, S. 654

7 Zu den Gründen dieser Niederlage s. Rolf Knecht, »IG Metall: Der Streik und der Streit«, in: Marxistische Blätter 4–03, Juli/August 2003, S. 8

8 Vgl. zu diesem Komplex ausführlicher meinen Artikel »Der Streit um Arbeitszeit« in Marxistische Blätter 2–12, auch unter: <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/marx-519.html> – Diese Ausgabe der Marxistischen Blätter zum Schwerpunkt »Kürzer arbeiten« ist insgesamt eine sehr nützliche Lektüre zur Arbeitszeitpolitik!